



## Der langfristige EU-Haushalt

Der langfristige EU-Haushalt ist auch bekannt als "Mehrjähriger Finanzrahmen" (MFR). Er legt fest, wie viel Geld die EU über einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren in verschiedenen Politikbereichen investieren kann. Die letzten langfristigen EU-Haushalte wurden jeweils auf sieben Jahre festgelegt.

Einer der Gründe, warum die EU über ein langfristiges Budget und einzelne Haushalte verfügt, ist die Planbarkeit der Finanzen zu verbessern und somit die Effizienz der Programme, in die die EU investieren möchte, zu steigern. Diese Vorhersehbarkeit ist beispielsweise für Wissenschaftler wichtig, deren Forschungsprojekte über mehrere Jahre angelegt sind.

Der langfristige EU-Haushalt muss auch bis zu einem bestimmten Grad flexibel sein, um unvorhergesehenen Krisen und Notständen begegnen zu können. Für solche Fälle hält er Instrumente bereit, die sicherstellen, dass finanzielle Mittel dort eingesetzt werden können, wo sie am dringlichsten benötigt werden. Der EU-Solidaritätsfonds beispielsweise ermöglicht es, einem Mitgliedstaat im Falle einer Naturkatastrophe größeren Ausmaßes Hilfe zu leisten. Der Globalisierungsfonds wiederum unterstützt Arbeitnehmer, die aufgrund weitreichender globalisierungsbedingter Strukturveränderungen im Welthandelsgefüge arbeitslos geworden sind, eine neue Beschäftigung zu finden.

Im Gegensatz zu den nationalen Haushalten wird der EU-Haushalt vor allem für Investitionen verwendet. Er dient weder dem Sozialschutz noch der Grundbildung oder der nationalen Verteidigung. Der Fokus liegt hauptsächlich auf Kernbereichen, in denen Europa durch die Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit einen Mehrwert bietet.

Mit dem Haushalt werden Forschung und Innovation gefördert. Es wird in transeuropäische Netze und die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) investiert, um zu gesteigertem Wachstum beizutragen und neue Arbeitsplätze in der EU zu schaffen.

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU erhält zusammen mit der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) und der Umweltpolitik die meiste Förderung im Rahmen des aktuellen langfristigen Haushalts. Es folgen Kohäsionsprogramme, die darauf abzielen, Entwicklungsunterschiede zwischen den EU-Regionen zu verringern. Mit dem langfristigen Haushalt werden zudem humanitäre Hilfs- und Entwicklungsprojekte finanziert.

Bei der Diskussion über den mehrjährigen Finanzrahmen für die nächsten sieben Jahre geht es um drei Hauptpunkte:

- 1) Brexit;
- 2) Landwirtschaft;
- 3) Rechtsstaatlichkeit

#### 1) Brexit

Der Weggang eines großen Nettozahlers für den Haushalt hinterlässt ein großes Loch - von etwa 12-13 Milliarden Euro pro Jahr - in den Kassen der EU. Um dieses Problem zu lösen, schlug die Kommission vor, dass andere Länder dieses Mal mehr beitragen sollten. Wohlhabendere Länder wie die Niederlande, Österreich, Dänemark und Schweden sind gegen diesen Vorschlag. Ihr informeller Slogan lautet „kleinere EU, ein kleineres Budget“;

#### 2) Landwirtschaft

Landwirtschaftskommissar Phil Hogan hatte einen Plan, die Gemeinsame Agrarpolitik zu verwalten, die trotz Brexit immer noch den größten Teil der Ausgaben im laufenden EU-Haushalt ausmacht. Da die Mittel für diese Politik zurückgehen dürften, kündigte er im Juni Pläne an, die Macht an die Mitgliedsländer zurückzugeben. Die Theorie besagt, dass dies den nationalen Regierungen erlauben würde, mehr für ihre Bauern und die Umwelt zu tun. Die Kommission würde dann prüfen, was die Regierungen sich einfallen lassen, um unerwünschte Folgen, wie z.B. Umweltschäden, zu verhindern. Aber dieser Vorschlag ist von Politikern, Landwirten, Umweltschützern und sogar den EU-Institutionen unter heftigen Beschuss geraten.

Die nationalen Regierungen sind besorgt, dass die Mitgliedsländer, wenn Brüssel nicht sehr wachsam ist, eine Politik entwerfen könnten, die ihren Bauern einen Vorsprung vor den Nachbarn verschafft und einen Wettlauf nach unten auslöst.

Umweltschützer argumentieren, dass Pläne, strenge EU-weite Regeln zugunsten freiwilliger Anreize zu streichen, nicht ausreichen, um den Agrarsektor umweltfreundlicher zu gestalten. Der Europäische Rechnungshof, der Finanzaufsichtsbehörde der EU, stimmt dem zu. Er veröffentlichte im November eine Stellungnahme (verfügbar unter diesem [Link](#)) zu den Vorschlägen, in der er feststellte, dass die Umweltschutzmaßnahmen schwach und die Gesamtpläne verworren seien.

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments beklagten, dass die Reform die Aufsichtsfunktion des Parlaments in der Agrarpolitik streicht. In der gegenwärtigen Konstellation haben sie im Rahmen von Drei-Wege-Verhandlungen mit dem Rat und der Kommission Einfluss auf wichtige Gesetze. Nach dem neuen Plan des EU-Kommissars würden die Kommission und die Regierungen

die Agrarpolitik unter sich wirksam verwalten, ohne das Parlament zu berücksichtigen. Die Anwälte des Parlaments warfen eine Reihe von rechtlichen Fragen zu den Plänen auf.

### 3) Rechtsstaatlichkeit

Einer der wichtigsten Vorschläge der Kommission für den nächsten Haushaltszyklus ist die Verknüpfung der EU-Auszahlungen mit der Achtung der Rechtsstaatlichkeit. Der Plan spiegelt die Ansicht der Kommission und der westlichen Mitglieder wider, dass andere Länder - wie Polen und Ungarn und in geringerem Maße auch Rumänien und Malta - die Werte der EU nicht aufrechterhalten und gleichzeitig große Summen an EU-Geldern erhalten. Daher schlug die Kommission eine neue Verordnung zum „Schutz des Unionshaushalts bei allgemeinen Mängeln der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedsstaaten“ vor. Der Vorschlag wurde jedoch schnell zu einem der umstrittensten Punkte des Haushaltspakets, wobei Polen und Ungarn starke Einwände erhoben. Der Rat des eigenen juristischen Dienstes der EU sowie der Europäische Rechnungshof äußerten zudem Bedenken hinsichtlich der Struktur und der Rechtsgrundlage des Kommissionsvorschlags. Einige westliche EU-Länder sind davon überzeugt, dass es mit einigen Änderungen immer noch möglich ist, eine glaubwürdige Möglichkeit zu schaffen, die EU-Mittel mit der Rechtsstaatlichkeit zu verknüpfen. Andere drängen darauf, dass alle Erwähnungen von Rechtsstaatlichkeit aus dem Vorschlag gestrichen werden. Die beiden Seiten bleiben weit voneinander entfernt, einige Länder stecken in der Mitte fest.

Marco Vento

### Quellen/Fonti

Mehrjähriger Finanzrahmen 2014-2020 <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-budgetary-system/multiannual-financial-framework/mff-2014-2020/> (DE)

Il Quadro Finanziario Pluriennale (QFP) <https://www.consilium.europa.eu/it/policies/eu-budgetary-system/multiannual-financial-framework/> (IT)

Flexibility and special instruments [https://ec.europa.eu/info/strategy/eu-budget/how-it-works/long-term-planning/flexibility-and-special-instruments\\_en](https://ec.europa.eu/info/strategy/eu-budget/how-it-works/long-term-planning/flexibility-and-special-instruments_en) (EN)